

Abriss statt Alternativen – Habecks fragwürdige Gasnetz-Pläne

Welt, 02.04.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus250811292/Gasnetze-Abriss-statt-Alternativen-Habecks-fragwuerdige-Gasnetz-Plaene.html>

Energieminister Robert Habeck hat festgestellt, dass Erdgas aus Gründen des Klimaschutzes irgendwann nicht mehr verbrannt werden dürfe

Trotz hoher Nachfrage setzt die Bundesregierung auf den Rückbau der Gasnetze, erste Kommunen beginnen mit der Umsetzung. Anbieter von Alternativ-Brennstoffen beklagen Klimavorgaben. Wirtschaftsvertreter werfen der Ampel vor, Deutschland einer wichtigen Klimaschutz-Option zu berauben.

Zahlreiche Bürger der alten Fuggerstadt Augsburg haben jüngst einen Brief von ihrem kommunalen Versorgungsbetrieb erhalten. Dieser bereitete sie behutsam auf anstehende Änderungen vor: Die Gasversorgung in ihrem Stadtviertel werde voraussichtlich in rund zehn Jahren eingestellt, das Leitungsnetz stillgelegt.

Bei vielen sorgte die Mitteilung für Verwunderung. Hatte man nicht gerade erst dem Heizungsgesetz von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Zähne gezogen? Und hatte sich nicht im vergangenen Jahr eine Rekordzahl von 700.000 Heizungskäufern für eine Gastherme entschieden? Bundesweit berichteten Medien über die Ankündigung in Augsburg. Dass die Wärmewende so schnell wieder konkret werden würde, hatte kaum jemand für möglich gehalten.

Bei den Stadtwerken Augsburg kann man die Aufregung nicht verstehen. Schließlich gehe es nur um Stadtviertel, in denen die Häuser einen kostenlosen Fernwärme-Anschluss bekommen. Und mit einem Vorlauf von acht bis zwölf Jahren habe man die Bürger frühzeitig auf die Umstellung hinweisen wollen. Bayern habe sich schließlich per Gesetz dazu verpflichtet, schon bis 2040 klimaneutral zu sein, sagt ein Sprecher.

Die Aufregung erklärt sich ein Stück weit aus einer „öffentlichen Konsultation“, die Habeck Mitte März begonnen hatte. In einem „Green Paper“, also einem Diskussionspapier, stellt der Minister fest, dass Erdgas aus Gründen des Klimaschutzes irgendwann nicht mehr verbrannt werden dürfe.

„Entsprechend ist davon auszugehen, dass die Länge der Gasverteilernetze von derzeit über 500.000 Kilometer stark zurückgehen wird“, heißt es dort. Schon um EU-Vorgaben zu erfüllen, müsse ein neuer „Ordnungsrahmen“ erstellt werden, der zeige, wie und wann Versorger einen „Neuanschluss verweigern“ und „bestehende Anschlüsse mit zeitlichem Vorlauf kündigen“ könnten. Schließlich müssten die „Rückbauverpflichtungen von stillgelegten Verteilernetzen“ geklärt werden – auch „auf Privatgrundstücken“.

Plötzlich sah die kommunale Langzeitplanung Augsburgs nur noch nach der Erfüllung planwirtschaftlicher Abrissvorgaben aus, wie Branchenvertreter kritisieren. „Wer Deutschland deindustrialisieren will“, sagte etwa Gerald Linke, Chef des

Deutschen Vereins des Gas- und Wasserfaches, „kann das machen, was in dem Papier steht.“

Nach Schätzungen der Gaswirtschaft haben die Gasrohre in Deutschlands Boden einen Wert von 270 Milliarden Euro. Ihre Transportleistung, die den des Stromnetzes weit übertrifft, gilt in der Wirtschaft vielen als unbezahlbar. Ebenso ihr Wert als Energiespeicher.

„Die geplante Stilllegung und der sukzessive Rückbau der Gasnetze können zu einer Kostenfalle für Verbraucher und energieintensive Industrie gleichermaßen werden“, warnt der Generalsekretär des Wirtschaftsrats der CDU, Wolfgang Steiger. „Hier versucht das Bundeswirtschaftsministerium erneut, das Kind mit dem Bade auszuschütten und den zweiten Schritt vor dem ersten zu gehen.“

Tatsächlich wundern sich viele in der Wirtschaft, warum das Ministerium viel für den Abriss der Röhren tue und wenig für die Beschaffung von klimafreundlichem Erdgas-Ersatz. Eine Reihe von Betrieben aus der Chemie-, Glas- und Papierindustrie plant etwa, ihre Produktion mithilfe von synthetischem Methan klimafreundlich zu gestalten.

Der auch „electric natural gas“ (eNG) genannte Brennstoff wird aus grünem Wasserstoff und CO₂ aus Biomasse klimaneutral zusammengemischt und kann problemlos über das bestehende Gasnetz geleitet werden. Ein deutlicher Vorteil – auch in den Kosten – zum alternativen Energieträger Wasserstoff, für den ein eigenes Leitungsnetz erst noch gebaut werden muss.

Zwölf Unternehmen hatten sich Hoffnungen gemacht, für ihre eNG-Pläne das neue Förderinstrument der „Klimaschutzverträge“ nutzen zu können, mit dem Habeck die Industrieproduktion dekarbonisieren will. Doch die Anträge wurden zurückgewiesen. Synthetisches Methan sei derzeit im Emissionshandel der EU nicht anerkannt, beschied das Ministerium.

Aus Sicht der abgewiesenen Unternehmen ist dies eine Ausrede. Denn die EU-Kommission reformiert derzeit die Regeln. Es sei bereits absehbar, dass das grüne Gas „deutlich vor Beginn des Fördervorhabens“ als Option anerkannt werde, erklärte der Prokurist eines Betriebes, der namentlich nicht genannt werden will: Das bestätigten auch Rechtsgutachten.

Es gehe einigen Vertretern im Wirtschaftsministerium wohl darum, eine Infrastruktur unbrauchbar zu machen, die auch von der fossilen Gaswirtschaft noch genutzt werden könnte. Die „großen Vorteile“ der Beimischung von klimaneutralem Methan in das bestehende Netz würden so aber leichtfertig vergeben.

Damit droht der deutschen Industrie eine Klimaschutz-Option verloren zu gehen, die gewissermaßen schon vor der Tür stand. So entwickelt der Konzern Tree Energy Solutions (TES) in Wilhelmshaven bereits ein Hafenterminal, das auch für den Import von eMethan konzipiert ist.

„Die schrittweise Einbindung von eNG in den Gasmix bietet einen praktischen Ansatz zur Versorgung, ohne zusätzliche Kosten für öffentliche Haushalte zu verursachen“, wirbt das Unternehmen. Die ersten Mengen eNG produziert TES in den USA

gemeinsam mit dem französischen Energiemulti TotalEnergies. Weitere Produktionsstandorte sind in Kanada, dem Mittleren Osten und Australien mit Partnern wie ADNOC und Fortescue geplant.

Doch das große Geschäft mit dem grünen Erdgas-Ersatz findet nun zuerst anderswo statt: Ende März gab TES bekannt, mit sieben Partnern eine „eNG-Koalition“ in Japan gegründet zu haben. Mit von der Partie sind Mitsubishi, Osaka Gas, Tokio Gas und die französischen Konzerne Engie und TotalEnergies.

Die Frage, ob die abweisende Haltung der Bundesregierung in Sachen Gasnetz-Einspeisung ein Grund dafür war, den Investitionsschwerpunkt nach Fernost zu verlegen, wollte das Unternehmen nicht kommentieren.

Ähnlich unerwünscht fühlen sich auch die Anbieter von Biomethan. Schon das inländische Potenzial des grünen Gases gilt als erheblich. Noch viel größer wären die Mengen, die aus der Ukraine importiert werden könnten. Doch die Bundesregierung zögert, die Zollvorschriften anzupassen und importiertes Ökogas auf die Treibhausgas-Quoten anrechenbar zu machen, allen Bitten und Nöten des ukrainischen Energieministers Herman Haluschtschenko zum Trotz.

„Es scheint“, sagt ein deutscher Branchenvertreter, „dass durch die Schaffung möglichst hoher Importanforderungen das Angebot knappgehalten werden soll, damit am Ende die Prophezeiung, dass Wasserstoff und Biomethan sehr teuer seien und das Gasnetz abgewickelt werden muss, auch tatsächlich eintritt.“